

Bern direkt

Und es bewegt sich doch!



Was kann ein Einzelner in Bern schon ausrichten? Sehr viel sogar, wie der Bericht von Nationalrat Albert Vitali über seine angenommenen Vorstösse im Parlament aufzeigt.

Albert Vitali,
FDP-Nationalrat, Oberkirch

Jedes Mal, wenn ein Auto in der Garage kontrolliert wird, bezahlen die Kunden unnötige Kosten, nämlich für die Eichung der dazu nötigen Messmittel. Aufgrund meines Vorstosses müssen die Eichfristen aller gesetzlich vorgeschriebenen Messmittel nun überprüft und allenfalls angepasst werden. Der Nationalrat und der Ständerat stimmten dieser Motion zu.

In vielen Bereichen werden Messmittel (Waagen, Abgasmessgeräte, Tanksäulen, Messmittel für thermische Energie, Elektrizitätszähler usw.) eingesetzt, für die eine regelmässige Eichung gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Verordnungen, in denen die Eichfristen festgesetzt sind, wurden teilweise seit zehn Jahren nicht überarbeitet. Einer Vereinfachung der Verfahren



Albert Vitali

und somit einem Bürokratieabbau steht nun nichts mehr im Wege.

Individualtouristen aus dem Ausland, welche die auf Einkäufen in der Schweiz bezahlte Mehrwertsteuer zurückfordern wollen, können heute bei

ihrer Ausreise vom Zoll ein Ausfuhrdokument stempeln lassen. Um künftig weitgehend auf gestempelte Papierformulare verzichten zu können, gibt es heute die elektronische Exportvalidierung. Die Ausfuhr der Gegenstände kann man an einem elektronischen Terminal am Flughafen oder grösseren Bahnhöfen selbst bestätigen. In verschiedenen Staaten, auch in den umliegenden Nachbarländern, sind bereits solche Systeme in Betrieb.

Grundsätzlich wird die Schweizer Wirtschaft durch die Vereinfachung der Prozesse gestärkt, der Mehrwert für Touristen erhöht und die Attraktivität des Einkaufens in der Schweiz stark gesteigert. Nachdem der Nationalrat meinen Vorstoss angenommen hat, hoffe ich auch auf die baldige Annahme im Ständerat.

Ohne Anreiz keine Bewegung

Eine Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ist in Griffnähe. Ich störe mich seit Jahren daran, dass sich einige Nehmerkantone einfach nicht bewegen und die Geberkantone dies finanzieren müssen. Der Nationalrat hat als Folge meines Vorstosses nun den Bundesrat beauftragt, zu prüfen, wie der Ressourcenausgleich zwischen den Kantonen dahingehend op-

timiert werden kann, dass vermehrt Anreiz besteht, die finanzielle Leistungsfähigkeit zu verbessern. Der Bundesrat beantragt dieses Postulat zur Annahme.

Schuldenbremse: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt

In den 90er-Jahren stieg die Bundesschuld in einem beängstigenden Mass an. Dies veranlasste Parlament und Bundesrat, eine Schuldenbremse auszuarbeiten. Die Schuldenbremse soll verhindern, dass die Bundesschuld ansteigt. Überschüsse müssen zwingend für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Die Schuldenbremse wurde unter der Führung des damaligen FDP-Bundesrates Kaspar Villiger im Jahre 2001 mit überwältigenden 85 Prozent vom Volk angenommen. Seit der Einführung im Jahr 2003 konnten über 20 Milliarden Franken Schulden abgebaut werden. Eine stolze Leistung, um die die Schweiz beneidet wird. Heute liegt die Schuldengrenze der Schweiz unter 100 Milliarden Franken.

Der Bundesrat will die Schuldenbremse leider aufweichen und hat einen Bericht in Auftrag gegeben, der mögliche Reformvarianten der Schuldenbremse überprüfen soll. Dieser Bericht ist jedoch eindeutig: Die Schuldenbremse darf nicht aufgeweicht werden, da sonst die Büchse der Pandora geöffnet wird. Sehr schnell ist man dann wieder bei der Schuldenpolitik der 90er-Jahre. Dieser Bericht ist für die Finanzverantwortlichen und die FDP erfreulich. Eine Motion der Finanzkommission des Nationalrates verlangt, dass eine Aufweichung per Gesetz verunmöglicht wird. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen, nun ist es am Ständerat zu entscheiden, ob am Erfolgsmodell Schuldenbremse festgehalten werden soll.

So schön und erfolgreich kann die Politik sein.

Anzeige

www.scheiber-metallbau.ch



Scheiber
METALL- UND STAHLBAU GmbH

TEL. * 041 980 16 65 6218 ETTISWIL